

Beschluss des 64. Bundeskongresses der Europa-Union  
vom 14.11.2021

---

### **Forderung nach einer sanktionsbewährten „Schwarzen Liste“ und Regelungen für Briefkastenfirmen**

Die Europa-Union fordert eine Überarbeitung der Schwarzen Listen gegen Steueroasen außerhalb und innerhalb der Europäischen Union. Statt der von den EU-Finanzministern parallel zu den Enthüllungen der Pandora-Papers entschiedenen Ausdünnung der Schwarzen Liste, ist genau das Gegenteil nötig. Denn die meisten in diesem Papier genannten Staaten sind noch nicht einmal auf dieser Schwarzen Liste zu finden. Britische Jungferninseln, Hong Kong, mehrere US-Bundesstaaten und weitere Länder, die in den Pandora Papers eine prominente Rolle spielen, alle müssen berücksichtigt werden.

Neben einer grundlegenden Überarbeitung der Schwarzen Liste fordert die Europa-Union auch, die betroffenen Unternehmen und Staaten mit Sanktionen zu belegen.

Darüber hinaus bedarf es eines geeigneten Vorschlages zum Umgang mit Briefkastenfirmen. Wir fordern Kommission, Parlament und Europäischen Rat dazu auf, zielführende Vorschläge zu erarbeiten und zu verabschieden.